

+++URO-Telegramm+++

Redaktion: H. Jonitz, Darmstadt

Die KBV plädierte auf dem Deutschen Ärztetag in Rostock für ein ganzes Bündel von Massnahmen, um eine **solidarisch finanzierte Krankenversicherung** auch künftig gewähren zu können. Dazu gehören eine Erweiterung der Beitragsbemessungsgrundlage und die konsequente Ausgliederung versicherungsfremder Leistungen.

+++++

In ihren **Wahlprogrammen** scheuen zumindest die beiden großen Volksparteien CDU/CSU und SPD klare Aussagen, wie sie mit den Herausforderungen (z.B. demografischer Wandel und medizinischer Fortschritt) im Gesundheitswesen umgehen wollen. Tendenz bei CDU/CSU ist „Wahlfreiheit“ für die Versicherten mit entsprechend höherer Eigenverantwortung, die SPD setzt unbeirrt auf das reine Solidaritätsprinzip.

+++++

Das „**DMP Diabetes**“ gerät bereits in der Planungsphase unter massiven Druck, weil im Koordinierungsausschuss eine wesentliche Leitlinie nicht berücksichtigt wurde und überdies der administrative und logistische Aufwand rund 5 Milliarden € verschlingen wird (=gut 10 % der Gesamtmittel für die ambulante Versorgung!; Anm. d. Red.), Mittel, die nicht in die medizinische Versorgung einfließen.

+++++

Bis Mitte Juni (!) will der Koordinierungsausschuss auch die Anforderungskriterien für die **Behandlung von Brustkrebspatientinnen** in Disasemanagement-Programmen (DMP) formulieren. Trotz enger Zeitvorgabe und ohne konsensierte Leitlinie sieht der Ausschuss-Vorsitzende Jung dies als machbar an. Ob hier wirklich Qualität im Vordergrund steht?

+++++

Der Marburger Bund erwartet „eine verbindliche Erklärung“ von der Bundesregierung, dass sie das **Problem überlanger Arbeitszeiten** von Klinikärzten nach der Bundestagswahl nachhaltig lösen wird.

+++++

§§ Das Urteil gegen einen Heidelberger Herzchirurgen wegen Untreue in Zusammenhang mit der Annahme von „**Drittmitteln**“ zu **Forschungszwecken** hat der Bundesgerichtshof

jetzt teilweise wieder aufgehoben, weil eine persönliche Bereicherung nicht nachzuweisen war. Vielmehr habe die Universität durch dessen Handeln profitiert.

+++++

§§ Ab 01. Juli 2002 erhält der Fiskus per Gesetz die Möglichkeit, über direkten Banken-Zugriff in die **Vermögensverhältnisse eines jeden Deutschen** einzugreifen. Grundlage hierfür ist das 4. Finanzierungsmarktförderungsgesetz.

Einladung

Das Präsidium des Berufsverbandes der Deutschen Urologen e.V. lädt herzlich zur Mitgliederversammlung am Freitag, den 20. September 2002 ein

Ort: Kongreßzentrum Rhein-Main-Hallen, Wiesbaden, Saal 2 / 1, EG
Beginn: 10.30 Uhr s.t.

Tagesordnung

1. Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
2. Grußworte des 1. Vorsitzenden der KBV, Dr. Manfred Richter-Reichhelm
3. Bericht des Präsidiums mit Aussprache
4. Bericht des Schatzmeisters
5. Entlastung des Präsidiums
6. Ehrenmitgliedschaft
7. Wahlen
 - Präsident
 - 2. Vizepräsident
 - Schriftführer
8. Verschiedenes


Dr. Klaus Schalkhäuser

+++++